

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (0228) 219038/39
Telex: 0386846 pbbn d

Inhalt

Helmut Rothemund MdL,
Landesvorsitzender der
SPD Bayern, zum Wahler-
folg der bayerischen SPD:
Anerkennung für gute
Programme und Leistungen.

Seite 1

Dr. Fritz Gautier MdEP,
Mitglied im Landwirt-
schaftsausschuß des Euro-
päischen Parlaments, er-
läutert die sozialisti-
schen Positionen zu den
jüngsten EG-Agrarbe-
schlüssen: Bürger nicht
für dumm verkaufen.

Seite 3

Hans Büchler MdB, Obmann
der SPD-Fraktion im Bun-
destagsausschuß für in-
nerdeutsche Beziehungen,
fordert rasche Hilfe für
DDR-Umsiedler: Geschwät-
zigkeit ist nicht ge-
fragt.

Seite 6

Dr. Gerhard Schmid MdEP
weist Überlegungen, Bonn
soll sich am Golf mili-
tärlich engagieren, zu-
rück: Die Bundesmarine
hat in der Straße von
Hormuz nichts verloren.

Seite 7

39. Jahrgang / 55

19. März 1984

Deutliche Erfolge

Die Wähler in Bayern anerkannten gute Programme,
praktische Erfolge und die Geschlossenheit der SPD

Von Helmut Rothemund MdL
Landesvorsitzender der SPD Bayern

Die bayerischen Kommunalwahlen haben der SPD in Bayern einen deutlichen Erfolg gebracht. Dabei ist sicherlich das gute Abschneiden unseres OB-Kandidaten Georg Kronawitter das herausragende Ergebnis. Georg Kronawitter hat eine sehr gute Chance, die Stichwahl für sich zu entscheiden. Aber auch außerhalb Münchens kann die SPD mit diesen Ergebnissen zufrieden sein. Sie konnte die Positionen, die sie innehatte, mit viel besseren Ergebnissen als 1978 verteidigen und manchen Amtsinhaber der CDU allein entweder schlagen oder eine Stichwahl erreichen. Die Gründe für den Erfolg der SPD und manche Niederlage der CSU sind vielfältig.

Eine der Voraussetzungen für den Erfolg war die solidarische Geschlossenheit der SPD, während es an manchen Orten in der CSU kriselte. Wenn Ministerpräsident Strauß dies als Spätfolgen der Gebietsreform zu entschuldigen versucht, lögt er sich selbst in die Tasche. Der Erfolg mancher Wählergemeinschaft, die gegen die CSU angetreten ist, ist Ausdruck wachsender Unzufriedenheit in den Wäh-



lerschichten der CSU und hängt auch teilweise mit der Verunsicherung zusammen, die durch den sogenannten Milliardenkredit des Ministerpräsidenten Strauß entstanden ist.

Als dritter Grund ist die Tatsache zu nennen, daß sich die SPD auf kommunaler Ebene mit guten Programmen und praktischen Erfolgen darstellen konnte und daß die SPD auf Landesebene mit ihrem Erfolg in der Umweltpolitik, der der CSU kurz vor der Kommunalwahl mit Hilfe der Androhung eines Volksbegehrens abgerungen wurde, ihr eigenes Image verbessern konnte. Von ganz erheblicher Bedeutung war selbstverständlich, daß die unsozialen Auswirkungen der sogenannten Wende für viele Wähler immer mehr spürbar wurden.

Die Ergebnisse in Bayern sind für uns Sozialdemokraten eine große Ermutigung. Sie zeigen nicht nur, daß die Bäume der CSU nicht in den Himmel wachsen, sondern daß die SPD im kommunalen Bereich an die großen Erfolge der sechziger Jahre anknüpfen kann. Die SPD hat ihre politische Kraft in der Vergangenheit zu einem guten Teil aus der Kommunalpolitik bezogen. Ich bin überzeugt, daß die Verbesserung unserer kommunalen Position sich auch positiv auf die Chancen der bayerischen SPD bei den künftigen politischen Wahlen auswirken wird. Die bayerische SPD wird auch aus diesem Grund alle Kraft zusammenfassen, um die noch ausstehenden Stichwahlen zum 1. April 1984 gut zu bestehen.

Auch dort, wo wir mit dem besseren Ergebnis in die Stichwahl gehen, wie beispielsweise in München, werden wir die Wahl nicht auf die leichte Schulter nehmen. Denn keine Wahl ist entschieden, weder für uns noch gegen uns, wie sicher auch die Ausgangsposition sein mag, so lange die Wähler nicht gesprochen haben.

(-/19.3.1984/ks/rs)

+ + +



Bürger nicht für dumm verkaufen

Die sozialistischen Positionen zu den jüngsten EG-Agrarbeschlüssen

Von Dr. Fritz Gautier MdEP

Mitglied im Landwirtschaftsausschuß des Europäischen Parlaments

Die jüngsten Agrarbeschlüsse signalisieren, daß der Rat nun erstmalig offensichtlich wieder in der Lage ist, Entscheidungen zu treffen. Dies ist als positives Faktum festzuhalten, selbst wenn einem die Entscheidungen nicht immer gefallen. Ausgehend davon möchte ich hier auf einige inhaltliche Punkte im Zusammenhang mit den Beschlüssen des Rates und den Vorschlägen der EG-Kommission eingehen.

Zunächst zu den Währungsausgleichsbeträgen: Wenn man sich die Ursachen der Währungsausgleichsbeträge ansieht, muß man feststellen, daß dem Agrarpreis innerhalb der Europäischen Gemeinschaft eine reine Einkommensfunktion zugeschrieben wird. Das bedeutet, daß dann jede Änderung der Währungsparitäten, in nationalen Währungen gerechnet, zu Preiserhöhungen oder Preissenkungen führt. Um das zu verhindern, führt man die Absurdität von "Grünen Währungen" und damit verbundene Währungsausgleichsbeträge ein. Man versucht damit, die Erzeugerpreise konstant zu halten, aber im Bereich der landwirtschaftlichen Input-Kosten läßt man die Verbesserung für Aufwertungs- beziehungsweise die Verschlechterung für Abwertungsländer voll durchschlagen.

Das können wir Sozialisten vom Grundsatz her nicht akzeptieren. Meine Fraktion ist daher für den Abbau der Währungsausgleichsbeträge, wie er im Prinzip im Bericht Marck vorgesehen ist. Wir halten dann auch degressive nationale Beihilfen - auch mit Gemeinschaftsunterstützung - für notwendig, aber als begleitende Maßnahme, damit nicht die Landwirte allein die Leidtragenden solcher Währungsanpassungen sind.

Was aber hat jetzt der Ministerrat gemacht? Das muß man sich einmal genüßlich auf der Zunge zergehen lassen: Der Ministerrat hat jetzt beschlossen, drei Prozent positive auf negative Währungsausgleichsbeträge umzuwälzen und die negativen dann sofort wieder abzubauen. Das ist wirklich eine Art von Volksverdummung, denn in der Praxis heißt das: Der Rat hat erst einmal eine dreiprozentige Preiserhöhung beschlossen und diese drei Prozent anschließend bei den positiven Währungsausgleichsbeträgen wieder abgezogen. Man soll dann aber auch sagen - daß man erst einmal vorab eine Preiserhöhung macht, die wahrscheinlich in der Folgewirkung irgendetwas in der Größenordnung von mehreren 100 Millionen ECU kostet - und nicht so tun, als sei dies alles eine neutrale Operation, die dann noch dazu so kompliziert ist, daß kein Bürger das mehr versteht. Wir sind dabei für Ehrlichkeit und gegen solch ein Verfahren.

Was hat der Rat im Zusammenhang mit der Schaffung neuer Währungsausgleichsbeträge gemacht? Der Rat gibt quasi die Rolle des ECU auf und versucht, eine grüne D-Mark einzuführen. Auch das können wir prinzipiell nicht mitmachen. Wir wollen die Rolle des ECU auch im landwirtschaftlichen Bereich gestärkt sehen und sind dagegen, daß diejenigen - auch in der Bundesrepublik Deutschland -, die den Franzosen oder anderen vorhalten, sie hätten zuviel Inflation, dieses neue System benutzen, um die Inflation weiter anzuheizen. Wir halten es auch aus den verschiedensten psychologischen Gründen für schlecht, jetzt eine Währung zu einer Art europäischen Leitwährung zu machen. Daher sind wir auch bei möglichen Neuberechnungen der Währungsausgleichsbeträge gegen dieses neue System.

Zum zweiten möchte ich mich auf die Frage der Besteuerung von Ölen und Fetten konzentrieren: Die Sozialistische Fraktion lehnt die Besteuerung von Ölen und Fetten ab. Die Mehrheit der Christdemokraten hat sie allerdings in der vergangenen Woche im EP - trotz gegenteiliger Versprechen des eigenen Kanzlers - befürwortet.



Wir sind grundsätzlich gegen die Einführung indirekter Steuern, die dann wahrscheinlich jährlich je nach Finanzbedarf der Agrarminister erhöht werden. Solche indirekten Steuern müssen von den kleinen Leuten getragen werden, die im Augenblick unter der Wirtschaftspolitik, die in den meisten Mitgliedstaaten getrieben wird, sowieso schon genug zu leiden haben. Wir sind dagegen, daß man die im Buttersektor aufgetretenen Fehlentwicklungen damit finanzieren will, daß man Leute, die damit gar nichts zu tun haben - weil sie nämlich Margarine essen - bestraft.

Da ließe sich genausogut als Argument anbringen, Coca Cola soll besteuert werden, um den Frischmilchabsatz zu fördern. Das ist genauso absurd, wie Margarine zu besteuern, um den Butterabsatz zu fördern. Daher bezweifeln wir auch die Rechtsgrundlagen. Hier geht es einzig und allein um neue Finanzen. Rat und Kommission wollen den Leuten zur Subventionierung der Agrarüberschüsse in die Tasche greifen und stützen sich dabei auf Artikel 43 EWGV. Es geht aber nur um Geld, und dafür muß, wenn überhaupt, Artikel 201 EWGV herangezogen werden. Das erfordert aber die Zustimmung der Parlamente in den Mitgliedstaaten.

Hinzu kommen noch die internationalen Implikationen. Ich habe das Protokoll der letzten FAO-Sitzung gelesen und kann dem philippinischen Minister nur Recht geben, wenn er fragt, was Kokos-Öl eigentlich mit Butter zu tun habe, denn die Verwendungsbereiche sind völlig unterschiedlich. Die Europäische Gemeinschaft verhält sich auf der internationalen Bühne wie ein Elefant im Porzellanladen. Daher sind wir auch aus Gründen der internationalen Politik gegen eine solche Besteuerung sein.

Ich verstehe überhaupt nicht, warum die südländischen MdEP häufig für eine Besteuerung von Öl und Fetten eintreten. Ich habe den Eindruck, sie lesen keine Statistiken. So liegt der Pro-Kopf-Verbrauch von pflanzlichen Ölen und Fetten in Griechenland bei ungefähr 28 Kilogramm pro Kopf und Jahr, in der Bundesrepublik Deutschland aber bei 20 Kilogramm. Wer also muß die Besteuerung von Ölen und Fetten bezahlen? Das müssen im Grunde die Verbraucher in den südlichen Ländern tun, da sie viel mehr pflanzliche Fette konsumieren als die in den nördlichen Ländern. Man kann den südländischen EP-Abgeordneten nur empfehlen, sich einmal die Statistiken anzusehen und sich zu fragen, ob ihre Entscheidungen ganz rational sind.

Drittens hat sich unsere Fraktion mit großer Mehrheit dafür entschieden, im Prinzip der Mengenbegrenzung zuzustimmen. Hier haben wir dem Bericht Woltjer beziehungsweise dem Kompromißänderungsantrag zugestimmt. Wir sind grundsätzlich für eine, wie vorge-



sehen, vorübergehende Maßnahme, durch die für die nächsten fünf Jahre Mengengrenzungen in Form von Quoten eingeführt werden, wenn sie flexibel gestaltet sind, so daß sich bestimmte kleinere Betriebe davon ausnehmen lassen und auch die Möglichkeit besteht, im Rahmen der EG-Agrarstrukturpolitik entsprechend den strukturellen Notwendigkeiten Quoten zu verteilen.

Nun zu einigen Haushaltsaspekten. Wenn man sieht, was der Rat bislang beschlossen hat, drängt sich mir der Eindruck auf, daß den EG-Steuerzahler bislang keine Reform so teuer gekommen ist wie die Reform, die der Rat anstrebt. Am Mittwochvormittag hat EG-Kommissionspräsident Thorn gesagt, diese Reform, wie es so schön heißt, werde ungefähr 1,5 bis zwei Milliarden ECU mehr als bisher im Haushalt veranschlagt kosten.

Wir sind bisher immer davon ausgegangen, daß sich die Reform der Agrarpolitik zum einen an den agrarpolitischen, zum andern aber auch an den finanzpolitischen Notwendigkeiten ausrichten muß und daß sie auch Geld einspart. Jetzt ist aber zu befürchten, daß der Rat noch zusätzliches Geld ausgeben will. Freilich sieht niemand, wo er denn das Geld hernehmen will. Wir Sozialisten wehren uns auf jeden Fall gegen sämtliche Mittelübertragungen aus anderen Titeln. Es darf nicht soweit kommen, daß zu Lasten des Sozialfonds Butterberge finanziert werden! Wir gehen auch davon aus, daß der bestehende Haushalt mit seinen für den Agrarbereich veranschlagten 16,5 Milliarden ECU eingehalten werden muß, da die Gemeinschaft über keine anderen Finanzquellen verfügt.

Wir appellieren daher an den Rat, der Öffentlichkeit gefälligst auch zu sagen, wie er seine verschiedenen geplanten Maßnahmen finanzieren will. Wir gehen davon aus, daß aus dem Haushalt der Europäischen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 1984 kein weiteres Geld zur Verfügung gestellt und auch kein finanzpolitischer Trick akzeptiert werden kann. Alle haben sehen können, was die EG von den finanzpolitischen Tricks im letzten Jahr gehabt hat, als Haushaltsverpflichtungen von 1983 auf 1984 übertragen wurden, was zu neuen Verpflichtungen in Höhe von 600 Millionen ECU geführt hat. Das heißt: keine Haushaltsmanipulationen, denn wir stehen zu dem Motto: Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit, und das muß auch bei agrarpolitischen Beschlüssen zur Geltung kommen!

(-/19.3.1984/ks/ca/rs)

+ + +



DDR-Umsiedler

SPD fordert konkrete Hilfe statt Geschwätzigkeit

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Angesichts der zahllosen Politiker-Stellungnahmen über die sogenannte Ausreisewelle aus der DDR muß einiges klargestellt werden.

Die Herren, insbesondere aus der Regierungskoalition, sollen aufhören, so zu tun, als ob sie die Motive der DDR-Behörden kennen würden.

Stattdessen muß die Bundesregierung dringend handeln, um den Umsiedlern die Integration in unsere Gesellschaftsordnung, die sich sehr von der, die sie kennen, unterscheidet, zu erleichtern.

Auf die Dauer werden beide deutsche Staaten nicht darum herumkommen, ein Verfahren zu entwickeln, das alle im Zusammenhang mit der Umsiedlung vom einen in den anderen deutschen Staat entstehenden Fragen regelt (ich habe dafür einmal den Begriff Klärungsstelle verwendet).

Die Meldungen vom Wochenende machen deutlich, daß die Union das deutschlandpolitische Handwerkszeug nicht beherrscht. Erst dieser Bundesregierung kommt das fragwürdige Verdienst zu, daß über bestimmte Fluchtwege aus der DDR in großer Aufmachung berichtet wird. Interessant ist dabei die führende Rolle von Springerzeitungen, deren gute Kontakte zur Union ebenso bekannt sind, wie ihre ablehnende Haltung zur Deutschlandpolitik der Verständigung.

Diese Art von Geschwätzigkeit breitet sich nun auch angesichts der großen Zahl der legalen Ausreisen aus der DDR aus. Alle erdenklichen Politiker, darunter auch recht unmaßgebliche, haben geglaubt, über die Gründe der DDR-Behörden spekulieren zu müssen. Wir Sozialdemokraten freuen uns über jeden, der zu uns kommt und äußern uns erst über die Motive der DDR, wenn diese bekannt sind.

Die wirklichen Probleme, die durch die große Zahl der jetzt aus der DDR zu uns kommenden Menschen entstehen, ignoriert die CDU beflissenlich.

Geradezu unverantwortlich handelt Minister Windelen, wenn er angesichts der Massenarbeitslosigkeit erklärt, es gäbe keine unüberwindlichen Probleme, 20.000 Umsiedler auf dem Arbeitsmarkt "unterzubringen".

Natürlich gibt es Probleme, solche blauäugigen Presseerklärungen sind allerdings das Letzte, was Abhilfe schaffen könnte.

Wenn plötzlich Zehntausende in eine Gesellschaftsordnung kommen, deren Funktionsweise sie nicht kennen, geraten viele an den Rand des Scheiterns. Niemand ist in der Bundesrepublik darauf vorbereitet, eine so große Zahl von Menschen davor zu bewahren. Der Anteil ehemaliger DDR-Bürger unter den Obdachlosen ist ein Beweis dafür, daß wir auch bisher keine wirksame Hilfe geleistet haben. Außerdem gibt es immer wieder Menschen, die, weil ihnen kein Zugang zu unserer Ordnung gelingt, in die DDR zurück wollen.

Notwendig ist also nicht verniedlichendes Gerede, sondern rasches Handeln: Verständnis für unsere Mitbürger aus der DDR muß geweckt werden, konkrete Betreuungskonzepte (und die finanziellen Mittel dafür) müssen erarbeitet werden und schließlich ist ein Verfahren erforderlich, wie ich es als Klärungsstelle bezeichne habe.

Die Regierung ist gefordert.

(-/19.3.1984/ks/rs)

+ + +



Die Bundesmarine hat am Golf nichts zu suchen

Eine Erwiderung an den Chef des VEBA-Konzerns

Von Dr. Gerhard Schmid MdEP

Die Europäer sollen sich am Golf militärisch engagieren. Dies forderte unverblümt vor wenigen Tagen der Chef des deutschen VEBA-Konzerns Rudolf von Benningsen-Voeder vor der amerikanischen Handelskammer in München. Man könne nicht davon ausgehen, daß die Amerikaner auf Dauer allein die Ölversorgung aus dem persischen Golf sichern würden. Der da so redet, meint wohl auch die Marine seines eigenen Landes. Und man fragt sich, ob der Obermanager eines staatlich beeinflussten Konzerns solche Äußerungen ohne Rückendeckung der Bundesregierung in die Landschaft setzt.

Ins gleiche Horn stoßen derzeit konservative englische Abgeordnete im Europäischen Parlament. Auch sie verlangen, unbeleckt von den Erfahrungen des Falkland-Abenteuers, ein europäisches Flottenengagement am Golf. Ist dies zur Sicherung der Ölversorgung wirklich notwendig?

Die Antwort darauf ist ein klares Nein. Denn ein Ausfall der eher marginalen Öllieferungen aus dem Iran würden unausgelastete andere Förderländer vielfach ersetzen können. Das gleiche gilt für die 700.000 Barrel pro Tag aus dem Irak, der wegen des Kriegs ohnehin nur ein Drittel seiner Förderung vor 1980 auf den Markt bringt. Selbst eine teilweise Sperrung der Straße von Hormuz durch den Iran - das bevorzugte Gruselszenario für den Beginn des nächsten Weltkriegs - wäre in Wahrheit keine Katastrophe für Europa. Zwar sind die USA derzeit nur zu fünf Prozent, die Europäer dagegen zu 40 Prozent von Öllieferungen durch die Straße von Hormuz abhängig. Aber die saudische Pipeline quer durchs Land zum Roten Meer ist derzeit nur zu 60 Prozent ausgelastet. Den Rest könnten Länder wie Mexiko oder Nigeria zuliefern, die ihre Ölförderung mehr drosseln müßten, als ihnen lieb war. Der Ruf nach europäischen Kriegsschiffen am Golf hat deshalb mit der Sicherheit der Ölversorgung allgemein nichts zu tun. Es geht vielmehr, wie so oft in der Vergangenheit auch, um die Marktinteressen einzelner Ölkonzerne.



Die Lage ist auch sonst nicht kritisch. Der Iran kann überhaupt kein Interesse an einer Sperrung der Straße von Hormuz haben. Schließlich laufen alle seine Ölexporte, die trotz des Kriegs die Wirtschaft aufrecht erhalten haben, über diesen Wasserweg. Der Iran droht nur mit der Sperrung, damit der Westen den Irak von einer totalen Zerstörung der iranischen Ölverladeanlagen auf der Insel Khark abhält. Die Regierung in Bagdad hat zwar Ende Februar lautstark eine Ölblockade der Perser angekündigt und einige bekräftigende Luftangriffe auf Khark fliegen lassen. Damit sollte Khomeini zum Versuch der Sperrung der Straße von Hormuz provoziert und die USA im Gegenzug damit zum Eingreifen gedrängt werden. Beide Seiten haben sich wohlweislich darauf nicht eingelassen. Eine Blockade der Straße von Hormuz wäre in der Praxis für den Iran nicht möglich. Der Wasserweg ist mehr als 50 Kilometer breit und sehr tief.

Eine Sperrung durch die Versenkung von Tankern existiert deshalb nur in den Gehirnen konservativer Politiker, die mal gerne Admiral spielen wollen. Verminen könnte der Iran die Wasserstraße allenfalls kurzfristig. Denn die ehemals kaiserlich-persische Flotte verfügt nur über Minen aus dem Zweiten Weltkrieg, die leicht zu räumen sind. Die für erfolgreiche Marineoperationen heutige notwendige Luftüberlegenheit haben darüber hinaus nicht die Truppen Khomeinis, sondern der Irak und die arabischen Golfstaaten. Das amerikanische Potential in Form des Flugzeugträgers Midway im indischen Ozean und des US-Kampfverbands von fünf Zerstörern im Golfgebiet ist mehr eine Versicherung für den absoluten Notfall, denn eine Dauernotwendigkeit zur Aufrechterhaltung der freien Schifffahrt im Golf.

Gefragt ist deshalb kein europäisches Marineabenteuer, sondern notwendig wäre eine politische Initiative der EG auf diplomatischer Ebene zur Beendigung des Golfkriegs. Denn beide Großmächte sind zumindest für den Iran nicht gesprächsfähig. Darüber hinaus gilt es, die Bemühungen der Golfstaaten zu unterstützen, im Rahmen des Golf-Kooperationsrates für ihre eigene Sicherheit selbst zu sorgen. Daß dazu auch die freie Schifffahrt durch die Straße von Hormuz gehört, ist klar. Die Golfstaaten brauchen niemanden in Europa, der ihnen dies erklärt. (-/19.3.1984/ks/rs)

+ + +

